

Im Dorf zu Hause, im Bezirk organisiert

Referenten an einem Podium der Vereinigung für eine starke Region finden Gefallen an Gebietsreformen

GEORG SCHMIDT

Mit der Forderung nach Strukturreformen sind keine Lorbeeren zu holen. Das Thema ist trotzdem aktuell, wie eine Diskussionsrunde zeigte.

Nur ein Zufall war das wohl nicht: Am Tag, bevor Infrastrukturministerin Doris Leuthard gestern zwölf überregionale Planungsräume für die Schweiz propagierte, lud die Vereinigung für eine Starke Region Basel/Nordwestschweiz zu einer Podiumsdiskussion in den «Ochsen» nach Oberwil. Ihr Thema: Brauchen Baselland und die Schweiz neue Strukturen und einen neuen Finanzausgleich?

Zum Treiber der Diskussion wurde ein erhellendes Referat von Daniel Müller-Jentsch. Der Projektleiter bei Avenir Suisse umriss mit viel Wissen die Situation in der Schweiz: «Die politische Karte der Schweiz stammt noch aus dem 19. Jahrhundert», sagte er. Kantonsfusionen habe es seit 1848 keine gegeben – und die Hälfte der wenigen Gemeindefusionen seit Gründung des

Bundesstaates sei in den vergangenen zehn Jahren erfolgt.

2700 EINWOHNER. Die Schweizer Durchschnittsgemeinde zähle heute 2700 Einwohner – 75 Prozent der Menschen lebten aber in den Agglomerationen. Müller-Jentschs Fazit: Administrative Grenzen und funktionale Räume entwickeln sich auseinander. Öffentliche Dienstleistungen würden vielfach nicht von den gleichen Leuten in Auftrag gegeben, bezahlt und konsumiert.

Müller-Jentsch betonte auch, dass die Schweiz trotz ihrer kleinteiligen Struktur eine tiefe Staatsquote und ein gutes Angebot bei den staatlichen Dienstleistungen aufweise; er erwähnte auch die emotionale Bindung an historisch gewachsene Einheiten. Wenn aber Gemeinden ihre Ämter nicht mehr besetzen können, keine ausreichende Finanzkraft haben und bloss noch «leere Hüllen sind, welche Zweckverbände zu bedienen haben», dann müsse man über Strukturreformen nachdenken.

Die facettenreiche Podiumsdiskussion benannte denn auch einige Vorschläge für Gebietsreformen: Der Ökonom und FDP-Landratskandidat Paul R. Hofer schlug vor, künftig Bezirke oder Geländekammern als kleinste politische Einheit zu definieren; die Dorfnamen müsse man aber unbedingt belassen.

35 JAHRE. Einig war sich die Runde, dass weniger die Einwohnerzahl denn die geografische Lage entscheidend sei für mögliche Zusammenschlüsse. Sie könne sich das Leimental als politische Gemeinde durchaus vorstellen, sagte CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider aus Biel-Benken. Angst vor einem Verlust an Heimat hat sie nicht: «Wir haben 35 Jahre nach der Fusion immer noch zwei Fasnachtsfeuer, eines in Biel und eines in Benken.» Auf dem politischen Parkett hätten es Fusionsvorschläge aber schwer, so Schneider.

Dies wurde aus den Publikumsreihen bestätigt: Im Gespräch unter vier Augen seien oft

positive Stimmen zum Thema Fusionen zu hören, in der Öffentlichkeit verstummten sie jedoch, sagte Thomas Faulstrich, Gemeindeverwalter in Läufelfingen. Emotionale Abwehrreflexe, so sagte der Zeglinger Gemeindepräsident Hansjürg Dolder, machten eine Politik der kleinen Schritte und der Testläufe nötig.

«Man muss in einem Dorf zu Hause sein können, aber wo sinnvoll mit den Nachbarn zusammenarbeiten», sagte Dolder weiter – Zeglingen hat mit Kilchberg und Rütenberg schon vor Jahren einen Verwaltungsverbund gebildet. Und der Finanzausgleich, für Schneider mitverantwortlich für den Erhalt ineffizienter Strukturen, bleibt für Dolder wichtig: «Wir bezahlen damit keine Luxusbauten, sondern nötige Infrastrukturen.»

Aufgebracht wurde auch die Idee einer Volksinitiative, um neuen Strukturen den Weg zu ebnen. Der nächste Test, wie stark der Wille zu politischen Veränderungen ist, steht aber nächste Woche an: Der Landrat entscheidet über einen Vorstoss von Schneider, der die Simulation eines Kantons Basel verlangt.